

Trumps aktive Rolle bei der geplanten ethnischen Säuberung Gazas – Die Zeitschiene

13 Juli 2025 17:13 Uhr

Schon vor seiner Rückkehr ins Weiße Haus – bereits am 15. Januar 2025 – hatte Donald Trump begonnen, mehrere kontroverse Vorschläge zum weiteren Schicksal der Palästinenser im Gazastreifen zu präsentieren. Dieser Artikel zeigt chronologisch die Entwicklung von Trumps zunehmend völkerrechtswidrigen Vorstellungen.



Quelle: www.globallookpress.com © IMAGO/CNP / MediaPunch

Donald Trump

Von Rainer Rupp

"Wir werden es uns aneignen. Wir werden es halten. Wir werden es [Gaza] wertschätzen."

Diese Aussage von US-Präsident Donald Trump lautete im Original: "We're going to take it. We're going to hold it. We're going to cherish it." Er hatte sie schon am 11. Februar 2025 während eines Treffens mit Jordaniens König Abdullah II. im "Oval Office" des Weißen Hauses in Washington gemacht. Die Aussage wurde durch Reporter von [Reuters](#), [BBC-News](#) und [The Guardian](#) während einer Pressekonferenz dokumentiert, bei der Trump seine Pläne zur Übernahme des Gazastreifens erläuterte.

Der Kontext war, dass Trump König Abdullah II. über seine Absicht informierte, den Gazastreifen unter US-Kontrolle zu bringen und die palästinensische Bevölkerung dauerhaft in Nachbarländer, unter anderem nach Jordanien und Ägypten, umzusiedeln. König Abdullah II. widersprach dem Plan während des Treffens mit deutlichen Worten und betonte Jordaniens Ablehnung der Zwangsvertreibung von Palästinensern.

Die Politik von US-Präsident Donald Trump gegenüber den Palästinensern in Gaza hat seit seiner Rückkehr ins Weiße Haus Anfang 2025 weltweit für Empörung gesorgt. Seine wiederholten Vorschläge, die palästinensische Bevölkerung aus dem Gazastreifen zwangsweise umzusiedeln, wurden als Verstoß gegen das Völkerrecht, als Kriegsverbrechen und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Während der 20-monatigen israelischen Zerstörungswut gegen Gaza wurden laut übereinstimmender Berichte des UN-Hilfswerks und anderer international anerkannter Organisationen mindestens 57.000 Palästinenser, zumeist Zivilisten, getötet und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung mehrfach vertrieben. Israelische Politiker haben wiederholt die Zwangsvertreibung der Palästinenser in Nachbarländer oder sogar Drittstaaten gefordert beziehungsweise als Endziel angekündigt, was sogar von westlichen Menschenrechtsorganisationen als ethnische Säuberung verurteilt wurde.

Zeitschiene – Trumps gefährliche Phantasien zur ethnischen Säuberung Gazas

Hier folgt die Chronologie von Trumps kriminellen Vorschlägen zur Zwangsvertreibung von Palästinensern aus Gaza, die die investigative Journalistin Syma Mohammed unter anderem auf dem Internetportal *Middle East Eye* am 10. Juli 2025 [veröffentlicht](#) hat.

15. Januar 2025: Erste Ankündigung eines Geiselaustauschs und Waffenstillstands

Fünf Tage vor seiner Rückkehr ins Weiße Haus verkündete Trump auf seiner Plattform Truth Social einen bevorstehenden Geiselaustausch mit den Worten:

"WIR HABEN EINEN DEAL FÜR DIE GEISELN IM NAHEN OSTEN. SIE WERDEN IN KÜRZE FREIGELASSEN. DANKE!"

Kurz darauf erklärte er, dass ein [Waffenstillstandsabkommen](#) unter der Vermittlung von Steve Witkoff, dem designierten Sondergesandten für den Nahen Osten, zustande gekommen sei. Trump betonte, dieses Abkommen sei nur durch seinen "historischen Wahlsieg" im November möglich gewesen, der weltweit signalisiere, dass seine Regierung Frieden anstrebe und die Sicherheit von Amerikanern und Verbündeten gewährleisten werde. Er versprach, Gaza niemals wieder zu einem "sicheren Hafen für Terroristen" (gemeint ist die Hamas) werden zu lassen und die Abraham-Abkommen auszubauen. "Wir haben so viel erreicht, ohne überhaupt im Weißen Haus zu sein. Stellen Sie sich vor, was alles passiert, wenn ich zurückkehre!", fügte der narzisstisch auftretende Politiker voller Eigenlob hinzu.

25.-31. Januar 2025: Aufruf zur Umsiedlung von Palästinensern

Kurz nach seiner Amtseinführung am 25. Januar [schlug Trump erstmals vor](#), Palästinenser aus Gaza nach Jordanien und Ägypten umzusiedeln. "Ich möchte, dass Ägypten Menschen aufnimmt, und ich möchte, dass Jordanien Menschen aufnimmt", sagte Trump und erwähnte ein Gespräch mit Jordaniens König Abdullah II. Er bezeichnete Gaza als "Abrissgelände" und schlug vor, die Palästinenser an einem anderen Ort unterzubringen, "wo sie in Frieden leben können". Trump wiederholte diesen Plan am 27., 30. und 31. Januar und äußerte die Erwartung, dass Ägypten und Jordanien zustimmen würden, obwohl beide Länder den Vorschlag ablehnten. Bekannterweise erkennt ein US-Imperator das Nein eines Vasallen nicht an.

4. Februar 2025: Permanente Vertreibung und US-Übernahme von Gaza

Vor seinem ersten Treffen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu in Washington am 4. Februar schlug Trump die dauerhafte Vertreibung der Palästinenser aus Gaza vor. Er präsentierte sich dabei als Wohltäter für die Palästinenser und argumentierte, dass die Verwüstung durch Israels Militäroffensive den Menschen in Gaza keine andere Wahl lasse, als das Gebiet zu verlassen. "Ich denke, sie sollten ein schönes, frisches, wunderschönes Stück Land bekommen, und wir finden Leute, die das Geld dafür aufbringen", sagte Trump. Der Plan wurde international scharf kritisiert, wobei Palästinenser, arabische Staaten, die Vereinten Nationen und Menschenrechtsexperten ihn als "ethnische Säuberung" verurteilten.

Am selben Tag ging Trump noch weiter und schlug eine US-Übernahme von Gaza vor. In einer Pressekonferenz mit Netanyahu erklärte er: "Die USA werden den Gazastreifen übernehmen [...] Wir werden ihn besitzen und dafür verantwortlich sein, alle gefährlichen, nicht explodierten Bomben und Waffen zu beseitigen." Er skizzierte eine Vision, Gaza in eine "Riviera des Nahen Ostens" zu verwandeln, und forderte wohlhabende Nachbarländer mit "humanitären Herzen" auf, die Kosten für den Wiederaufbau und die Unterbringung der vertriebenen Palästinenser zu tragen. Auf die Frage nach einem Einsatz von US-Truppen sagte Trump: "Wenn es nötig ist, werden wir das tun." Er fügte hinzu, dass "Weltmenschen" und Palästinenser in Gaza leben könnten.

5.–6. Februar 2025: Teilweiser Rückzieher von Trumps Beratern

Nach massiver Kritik ruderten Trumps Berater am 5. Februar zurück. Die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt, erklärte, die Umsiedlung der Palästinenser sei nur "vorübergehend" gedacht, während Gaza wiederaufgebaut werde. Außenminister Marco Rubio sprach von einer "Interim-Umsiedlung" und stellte klar, dass Trump keinen Einsatz von US-Bodentruppen zugesichert habe. Am 6. Februar postete Trump auf seiner Medienplattform Truth Social, dass Gaza nach Kriegsende von Israel an die USA übergeben werde und die Palästinenser "in sicherere und schönere Gemeinschaften mit neuen, modernen Häusern" umgesiedelt würden, ohne dass US-Soldaten benötigt würden.

10. Februar 2025: Kein Rückkehrrecht für Palästinenser

In einem Interview mit Fox News am 10. Februar erklärte Trump, dass Palästinenser kein Rückkehrrecht nach Gaza hätten, da sie "viel bessere Unterkünfte" außerhalb des Streifens erhalten würden. "Ich spreche davon, einen dauerhaften Ort für sie zu bauen", sagte er und unterstrich damit seinen [Plan der permanenten Umsiedlung](#).

11. Februar 2025: Treffen mit König Abdullah II.

Während dieses bereits eingangs erwähnten Treffens mit Jordaniens König Abdullah II. in Washington bekräftigte Trump seinen Plan, Gaza zu "nehmen" und zu "halten". "Wir werden Gaza haben. Es gibt keinen Grund zu kaufen. Es ist ein kriegszerstörtes Gebiet. Wir werden es nehmen, halten und schätzen", sagte er. König Abdullah lehnte den Plan entschieden ab. Auf die Frage, ob Trump Ägypten und Jordanien, die auf US-Hilfe angewiesen sind, mit einem Entzug der Unterstützung drohen würde, antwortete er ausweichend: "Ich glaube, wir sind über solche Drohungen hinaus."

26. Februar 2025: Umstrittenes AI-Video

Am 26. Februar teilte Trump ein [AI-generiertes Video](#) auf Truth Social, das eine transformierte Version von Gaza unter US-Kontrolle zeigte. Der Clip mit dem Titel "Gaza 2025, What's Next?" löste weltweite Empörung aus, da er die Zwangsvertreibung der Palästinenser glorifizierte.

7. April 2025: Zweites Treffen mit Netanjahu

Nach dem Bruch des Waffenstillstands traf Trump am 7. April erneut Netanjahu. Er kehrte zu seiner Vision eines "Nachkriegs-Exodus" der Palästinenser zurück, die von arabischen Staaten abgelehnt wurde. "Es ist ein unglaublich wichtiges Stück Immobilien", sagte Trump über Gaza und betonte, dass eine US-Präsenz als "Friedenstruppe" positiv wäre. Er fügte hinzu, dass viele Länder seine Idee unterstützten, aber auch andere Konzepte in Betracht gezogen würden.

1. Juli 2025: Ankündigung eines möglichen Waffenstillstands

Am 1. Juli verkündete Trump auf Truth Social die Möglichkeit eines 60-tägigen Waffenstillstands zwischen Israel und der Hamas. "Meine Vertreter hatten ein langes und produktives Treffen mit den Israelis über Gaza. Israel hat den notwendigen Bedingungen für einen 60-tägigen Waffenstillstand zugestimmt", schrieb er. Er lobte die Zusammenarbeit mit Katar und Ägypten und forderte die Hamas auf, das Angebot anzunehmen, da es "nicht besser werden würde". Die Hamas signalisierte, den Vorschlag zu prüfen, forderte jedoch ein dauerhaftes Ende des Krieges.

7. Juli 2025: Drittes Treffen mit Netanjahu

Bei seinem dritten Treffen mit Netanjahu am 7. Juli betonte Trump die Unterstützung der Nachbarländer bei der Umsiedlung der Palästinenser. "Wir hatten großartige Zusammenarbeit von den umliegenden Ländern", sagte er. Netanjahu erklärte, Israel arbeite mit den USA daran, Länder zu finden, die bereit seien, Palästinenser aufzunehmen. "Wenn Menschen bleiben wollen, können sie bleiben, aber wenn sie gehen wollen, sollten sie gehen dürfen", sagte Netanjahu und betonte, dass die Sicherheit Israels stets Vorrang habe. Auf die Frage nach einer Zweistaatenlösung wich Trump aus und verwies auf Netanjahu, der die Quadratur des Kreises aus dem Zylinder zauberte und eine palästinensische Souveränität unter israelischer Sicherheitskontrolle skizzierte.

Internationale Reaktionen und Kritik

Trumps Vorschläge stießen auf breite Ablehnung. Arabische Staaten, darunter Ägypten und Jordanien, lehnten die Umsiedlung der Palästinenser entschieden ab. Im März 2025 verabschiedeten arabische Führer einen ägyptischen Wiederaufbauplan für Gaza im Wert von 53 Milliarden US-Dollar, der eine Vertreibung ausschloss – ein Plan, den Trump und Israel ablehnten.

Menschenrechtsorganisationen und die UNO verurteilten Trumps Pläne als "ethnische Säuberung" und Verstöße gegen das Völkerrecht. Das Tony Blair Institute des ehemaligen britischen Premierministers, der sein Land 2003 in einen Angriffskrieg gegen den Irak hineingelogen hatte, hat ebenfalls einen Trump-ähnlichen Plan entwickelt, der versucht, die ethnische Säuberung Gazas mit wohlklingenderen Worten dem internationalen Publikum schmackhaft zu machen.

Schlussbemerkung

Donald Trumps wiederholte Vorschläge zur Zwangsvertreibung der Palästinenser aus Gaza und zur US-Übernahme des Gebiets haben weltweit für Empörung gesorgt. Seine Immobilien-Geschäftsvision, Gaza in eine "Riviera des Nahen Ostens" zu verwandeln, während die palästinensische Bevölkerung dauerhaft umgesiedelt wird, ist an Zynismus kaum zu überbieten. Außerdem widerspricht sie internationalem Recht und ignoriert die humanitären Folgen eines 20-monatigen Krieges, der zehntausende Tote, hunderttausende Verletzte und massive Zerstörung hinterlassen hat.

Trotz teilweiser Rückzieher seiner Berater bleibt Trumps Rhetorik konsequent auf eine radikal-kriminelle Umgestaltung des Gazastreifens ausgerichtet, die die Menschenrechte der Palästinenser missachtet. Die zivilisierte internationale Gemeinschaft, zu der sich die USA und der Kollektive Westen nicht mehr zählen können, hat sich klar gegen diese Pläne positioniert, während sich der Westen einer Suche nach einer nachhaltigen Lösung für den Konflikt weiterhin versperrt.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.